Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Andreas Winhart

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ulrich Singer

Abg. Matthias Fischbach

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahl

eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes besteht das Parlamentarische Kontrollgremium aus sieben Mitgliedern, die vom Landtag zu Beginn der neuen Wahlperiode aus seiner Mitte zu wählen sind. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

Bislang hat kein von der AfD-Fraktion benannter Vertreter die für eine Wahl erforderliche Mehrheit erreicht. Für die heutige Plenarsitzung hat die AfD-Fraktion erneut eine Wahl beantragt.

Zur Begründung des Wahlvorschlags erteile ich nun Herrn Winhart das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch heute steht mal wieder auf der Tagesordnung die Wahl eines AfD-Vertreters in das Parlamentarische Kontrollgremium, das die Aufgabe hat, dem Bayerischen Verfassungsschutz auf die Finger zu schauen. Ich möchte zunächst feststellen, dass es beim Landesamt für Verfassungsschutz zahlreiche fleißige Beamtinnen, Beamte und Angestellte gibt, die uns vor den Gefahren von der linken Seite, vor den Gefahren des Islamismus, aber auch vor den Gefahren von rechts schützen.

Meine Damen und Herren, diese Behörde braucht aber Kontrolle. Sie braucht eine ausgewogene Kontrolle, und sie braucht mehr Kontrolle. Deswegen brauchen vor allem die Führungskräfte in dieser Behörde die Kontrolle des Parlaments und damit auch der AfD.

Ich möchte vielleicht kurz mit einem bewegenden Ereignis starten, das mir vom November 2020 in Erinnerung ist, als zu später Abendstunde ein Herr zu mir ins Büro in Rosenheim kam und sagte: Wir haben ähnliche Schicksale, Herr Winhart. Ich bin jetzt kurz vor der Rente; Sie sind noch in der Blüte Ihres Lebens. – Er hat mir seine Geschichte erzählt; zu Studentenzeiten – er war wohlgermerkt kurz vor der Rente – hatte er Kontakt zu linken Kreisen. Sein gesamtes Berufsleben lang wurde er immer wieder vom Verfassungsschutz beobachtet, und diese Beobachtung durch den Verfassungsschutz bedeutete eine Behinderung seines beruflichen Werdegangs.

Es gibt weitere Beispiele auch aus dem näheren Umkreis. Ich kenne einen Lehramtsstudenten, der in den 1990er-Jahren Sport studiert hat, bei den Republikanern war und bis heute gebrandmarkt ist, obwohl ihm nie irgendetwas nachgewiesen werden konnte. Das gilt genauso für die drei Abgeordneten der AfD, die im Oktober und November 2018 illegal überwacht wurden. Wir alle sind Opfer dieser Handhabung des Verfassungsschutzes, meine Damen und Herren. Man muss es schon einmal ansprechen. War es Zufall, dass Frau Schulze, die Mitglied des PKG war, eine Anfrage mit der Frage gestellt hat, welche drei Kandidaten und nicht ob Kandidaten überwacht wurden? Die Dame scheint wirklich gut informiert gewesen zu sein.

Hinzu kommt ein laxer Umgang mit Personendaten und Diffamierungen von Andersdenkenden. Meine Damen und Herren, das alles hat einen äußerst faden Beigeschmack. Ich habe es letztes Mal schon angesprochen. Meine Damen und Herren, es ist kein reiner Zufall, dass der Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, Herr Manfred Hauser, kurze Zeit später zum Polizeipräsidenten von Oberbayern befördert wurde, oder? – Sie können sich das selbst beantworten. Zufälligerweise kommt er aus dem Heimatort von einem der drei beobachteten VS-Opfer, die selbst Abgeordnete sind.

Meine Damen und Herren, in dieser Behörde brennt es hinten und vorne. Es gibt Bewertungen und Kategorisierungen nach Gutsherrenart. Ich gebe Ihnen jetzt einfach einmal ein Beispiel auf Bundesebene: Herr Haldenwang behauptet, wer gegen die

deutsche Beteiligung am Ukraine Konflikt sei, verbreite russische Narrative. Wer sich also gegen eine deutsche Beteiligung ausspricht, steht unter dem Generalverdacht des Landesverrats. Meine Damen und Herren, das kann nicht sein.

Aus dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz haben wir gehört, dass die Damen und Herren dieser Behörde das Wort "Kartellpartei" stört. Der Begriff "Kartellpartei" geht auf die Politikwissenschaftler Katz und Mair aus den 1990er-Jahren zurück, meine Damen und Herren; das können Sie bei Wikipedia einfach einmal nachlesen. Hier werden wissenschaftliche Diskurse vom Verfassungsschutz vereinnahmt und verdreht. So kann es in diesem Land nicht weitergehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Seit Neuestem kümmert man sich um die Delegitimation des Staates, wenn man staatliche Akteure kritisiert oder politische Projekte als unerwünscht bezeichnet. Das ist eigentlich Teil unserer demokratischen Kultur, meine Damen und Herren. Das geht auch deutlich zu weit, meine Damen und Herren.

Wenn wir jetzt davon sprechen, Demokratie zurückzuholen – heute ist der Satz schon öfter gefallen –, wie es Herr Aiwanger als Stellvertretender Ministerpräsident gesagt hat, dann können Sie sich ungefähr vorstellen, was los gewesen wäre, wenn dieser Satz von einem Vertreter der AfD geäußert worden wäre. Meine Damen und Herren, hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Was sagt eigentlich die Behörde von Dr. Körner, dem Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, zu dieser Aussage von Herrn Aiwanger? – Ich halte das für mehr als bedenklich.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf nun dem Abgeordneten Ulrich Singer das Wort erteilen.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass unser Wirtschaftsminister Aiwanger schon weg ist; er sagte vor wenigen Tagen auf einer Demonstration unter anderem, dass sich die schweigende große Mehrheit in Deutschland die Demokratie wieder zurückholen müsse. Jetzt gerade hätte die schweigende Mehrheit in diesem Hohen Haus die Möglichkeit gehabt, sich an der Aussprache zu beteiligen, aber auf der Rednerliste befindet sich nur die AfD. Das ist eine Schande für dieses Haus.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegen, insbesondere der Koalitionsparteien, heute erhalten Sie wieder einmal die Gelegenheit, sich die Demokratie zurückzuholen. Sie können nämlich auf die Worte des Ministers Taten folgen lassen und das Kreuz an der richtigen Stelle setzen. Sie können jetzt für unseren Andreas Winhart als Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium stimmen. Es wäre zutiefst undemokratisch, wenn Sie ihn nicht wählen und ihm nicht den ihm zustehenden Sitz in diesem wichtigen Gremium geben würden; denn die AfD hat als starke Oppositionspartei im Bayerischen Landtag auch das Recht auf diesen Platz, und sie muss einen Platz in diesem Kontrollgremium bekommen.

Geschätzte Kollegen, es geht um nichts anderes als die Wahrung unserer Demokratie und den Schutz der Interessen all unserer Wähler, aller Wähler in Bayern. Die etablierten Parteien versuchen natürlich, uns auszuschließen und uns zu marginalisieren, weil wir unbequeme Fragen stellen und den Finger immer wieder in die Wunden der Regierung legen. Doch genau das wäre undemokratisch und eine Missachtung des Wählerwillens, geschätzte Kollegen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es entspricht nicht dem Sinn und Zweck des Parlamentarischen Kontrollgremiums, wenn Sie uns diesen Platz weiterhin verweigern; denn Sie wissen genau: Das Parlamentarische Kontrollgremium muss spiegelbildlich zum Landtag besetzt werden. An-

sonsten ist es falsch besetzt. Deswegen sage ich Ihnen auch: Seine Tätigkeit und die Entscheidungen der letzten Jahre halte ich deshalb auch für grob rechtswidrig. Das sage ich Ihnen nicht nur als Parlamentarier, sondern auch als zugelassener Rechtsanwalt.

Die Menschen haben uns von der AfD gewählt, weil sie mit der Politik der Altparteien unzufrieden sind und weil sie eine starke Stimme für ihre Interessen fordern. Sie wollen, dass ihre Sorgen und Nöte hier im Landtag angesprochen und vertreten werden. Wir sind die einzige Partei, die überhaupt noch den Mut hat, die unbequemen Wahrheiten auszusprechen und sich unter anderem für eine restriktive Einwanderungspolitik einzusetzen.

Wir verdienen es daher auch, gehört und beteiligt zu werden. Ein Parlamentarisches Kontrollgremium ohne AfD ist ein Schlag ins Gesicht. Es ist aber nicht ein Schlag in unser Gesicht, sondern ein Schlag ins Gesicht der bayerischen Wählerinnen und Wähler. Es ist eine Missachtung der Stimmen der bayerischen Wähler und ein Verstoß gegen das oft von Ihnen so sehr angepriesene und gelobte Prinzip der demokratischen Vielfalt.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Anwesenheit in diesem Gremium würde endlich zu einer echten Kontrolle auch der Regierung führen – ohne Klüngelei und ohne Hinterzimmer-Deals. Die Regierung muss sich unserer Kritik stellen und ihre Entscheidungen dann auch vor uns rechtfertigen. Mit uns im Kontrollgremium würden wir sicherstellen, dass keine undemokratischen Machenschaften unentdeckt bleiben. Die Menschen haben genug von Ihrer Amigo-Wirtschaft und von Ihren Klüngeleien, von Korruption. Es ist an der Zeit, dass wir für Transparenz sorgen. Geben Sie uns die Chance, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die Bayern schaden und die Stimme des Volkes ignorieren.

Die AfD ist im Parlamentarischen Kontrollgremium bereit, die erforderliche Verantwortung zu übernehmen und die Regierung auf ihre Taten und Versäumnisse hinzuwei-

sen. Wir lassen uns nicht mundtot machen und werden stets für die Interessen unserer bayerischen Bürger kämpfen.

Mit unserem Kandidaten Andreas Winhart haben Sie einen zuverlässigen, verschwiegenen, fleißigen Kandidaten. Er ist unser Parlamentarischer Geschäftsführer. Sie können diesen Kandidaten nicht mit reinem Gewissen ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Singer, wir haben eine Zwischenbemerkung: Herr Abgeordneter Fischbach, bitte.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Singer, Ihr Kandidat für den Posten des Vizepräsidenten hat vorhin von "Besatzungsmächten" oder einer "Besatzungsmacht" gesprochen. Das PKG ist ja im Wesentlichen auch dafür zuständig, Extremisten zu verfolgen und zu beobachten bzw. den Verfassungsschutz dabei zu begleiten. In einer Veröffentlichung des Bundesamts für Verfassungsschutz zu "Reichsbürgern" heißt es:

"Reichsbürger" und "Selbstverwalter" ziehen angesichts der Verpflichtungen und Abhängigkeiten, die ein Staat natürlicherweise durch die Einbindung in internationale Verträge eingeht, häufig den Fehlschluss, dass ein derartiger Staat grundsätzlich nicht als souverän bezeichnet werden könne. Vor diesem Hintergrund wird in der Szene der "Reichsbürger" und "Selbstverwalter" gerne die Behauptung aufgestellt, dass die Alliierten der Bundesrepublik Deutschland niemals die volle Souveränität gewährt, sondern stets ihre Vormachtstellung als Besatzungsmächte beibehalten hätten.

Deswegen frage ich Sie: Wie hält es Ihre Fraktion, wie halten es Ihre Kandidaten mit den Reichsbürgern, und wie werden Sie sich im PKG dazu verhalten?

(Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Singer.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzter Kollege, zunächst mal sind Sie jetzt beim falschen Tagesordnungspunkt. Der Vizepräsident wurde vorhin gewählt. Da hätten Sie Ihre Frage stellen können.

(Zurufe)

– Lassen Sie mich doch ausreden, Herr Kollege. – Wir reden gerade über die Thematik, dass unser Kandidat in das Parlamentarische Kontrollgremium aufgenommen werden muss.

(Matthias Fischbach (FDP): Wie halten Sie es mit den Reichsbürgern? – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Um den Vizepräsidenten zu überwachen, weil der bei den Reichsbürgern ist!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte keine Zwischenbemerkungen!

Ulrich Singer (AfD): Die Frage der Reichsbürger diskutieren wir hier nicht. Das ist eine Frage, die im Parlamentarischen Kontrollgremium zu diskutieren ist.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die Frage wurde hier gestellt!)

Es gibt hier sicherlich im Einzelfall Extremisten, und zwar von allen Seiten, von links und von rechts,

(Unruhe)

die ganz klar außerhalb des demokratischen Bereichs tätig sind. Da muss man ganz genau hinschauen.

(Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Wahl. Diese findet in geheimer Form statt. An Ihrem Platz finden Sie den hierfür benötigten blauen Stimmzettel. Für die Wahl sind ausschließlich der Stimmzettel sowie Ihre Namenskar-

te zu verwenden. Sofern Ihnen Ihre Stimmkartentasche mit Ihrer gelben Namenskarte nicht vorliegt, ist diese in Ihrem Postfach vor dem Plenarsaal hinterlegt.

Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags, also mindestens 103 Ja-Stimmen, auf sich vereint. Enthaltungen sind gültige Stimmen. Unverändert abgegebene Stimmzettel gelten als Enthaltungen. Ungültig sind abgegebene Stimmzettel, wenn sie Zusätze oder Veränderungen enthalten.

Das Prozedere ist das gleiche wie bei den vorhergehenden Wahlen. Ich glaube, damit ist das hinreichend und ausreichend erklärt. Für die Wahl stehen fünf Minuten zur Verfügung. Wir beginnen mit der Wahl jetzt.

(Stimmabgabe von 16:43 bis 16:48 Uhr)

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: An der Wahl haben 154 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war eine Stimme. Auf Herrn Andreas Winhart entfielen 18 Stimmen, mit Nein stimmten 133 Abgeordnete, ihrer Stimme enthalten haben sich 2 Abgeordnete. Ich weise darauf hin, dass für eine Wahl 103 Ja-Stimmen erforderlich sind. Ich stelle damit fest, dass Herr Andreas Winhart nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt worden ist.